

# Übersichten

## Außenpolitik

\* (1)

### Deutschland ist kein Beispiel für die chinesische Wiedervereinigung

Der neue Ministerpräsident Taiwans, Hao Beicun, erklärte am 13. Juni 1990, daß bei der chinesischen Wiedervereinigung das "deutsche Modell" nicht dienlich sein könne: "Die Tatsachen zeigen, daß beim deutschen Muster Westdeutschland mit seiner großen Wirtschaftsstärke Ostdeutschland annektiert hat (sic!), was zum Nachteil sowohl für das Territorium als auch für die Bevölkerung wurde, und daß Westdeutschland die DDR einfach mit Geld aufgekauft hat. In China liegen die Dinge völlig anders als in Deutschland. Taiwan ist nicht imstande, das Festland mit Geld zu kaufen. Wenn einer Seite gestattet würde, die andere zu schlucken, so brächte die Ungleichheit in den Größenverhältnissen Taiwan in eine ungünstige Lage."

Im Verhältnis zwischen Taiwan und dem Festland dürfe es nicht ein Über/Unterordnungsverhältnis geben, sondern beide müßten aufeinander gleichrangig zugehen.

Auf beiden Seiten der Taiwanstraße gebe es Reformen, die die gegenseitigen Differenzen verringerten, den Aufbau von Demokratie und von Rechtssystemen "auf beiden Seiten der Formosastraße" (liangan) förderten und die Übereinstimmung zwischen Taiwan und dem Festland vergrößerten. Taiwan brauche vor dem von Jiang Zemin erneut betonten Konzept "Ein Land, zwei Systeme" keine Angst zu haben, wenn es von der Überlegenheit seines Systems tief überzeugt sei (DGB, 14.6.90, nach SWB, 15.6.90). -we-

\* (2)

### Freigabe japanischer Chinakredite

Nach der Gipfelkonferenz der führenden westlichen Industrienationen Anfang Juli 1990 im texanischen Houston beschloß Japan, seine Yen-Anleihen an China wieder zu aktivieren. Eine weiterandauernde Isolierung Chinas sei nicht wünschenswert, da dies die wirtschaftliche Stabilität wie auch den Demokratisierungsprozeß in China beeinträchtige. Im Anschluß an die Houston-Vereinbarungen wolle Japan die seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 eingefrorenen Yen-Kredite in Höhe von umgerechnet rd. 5 Mrd. US\$ wieder flüssig machen. Dies hatte der japanische Ministerpräsident Kaifu bereits am 10. Mai bei der Abreise einer Delegation der Japanischen Sozialistischen Partei nach China angekündigt (XNA, 11.5.90).

Am 7. Juni 1990 wurde ein chinesisch-japanischer Investitionsausschuß in Beijing eingerichtet (XNA, 8.6.90).

Am 26.6. begann in Beijing die 6. Sitzung der "Kommission für die chinesisch-japanische Freundschaft im 21. Jahrhundert", die 1984 im Zeichen beiderseitiger Hochstimmung gegründet worden war, und deren Hauptaufgabe es ist, beide Regierungen zu beraten und die gegenseitige Politik aufeinander abzustimmen.

Schon seit einiger Zeit betont China immer wieder, daß es Wert darauf lege, daß Japan die 1984 vereinbarten "Vier Prinzipien", denen die "Kommission" dienen soll, auch weiterhin einhält (XNA, 19.5.90). -we-

\* (3)

### Beziehungen zu Guinea-Bissau

Aus Protest gegen die Aufnahme "diplomatischer Beziehungen" zwischen der RCh/Taiwan und Guinea-Bissau hat der chinesische Botschafter in

Guinea-Bissau am 31. Mai formell gegen die Handlungsweise der dortigen Regierung protestiert und darauf hingewiesen, daß bei der gemeinsamen Erklärung anläßlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen i.J. 1974 von seiten des Gastlandes ausdrücklich anerkannt worden sei, daß die Regierung der VRCh als einzige legitime Regierung das ganze chinesische Volk repräsentiere und daß Taiwan ein unabtrennbarer Bestandteil Chinas sei.

Aus diesem Grunde müßten die Beziehungen ausgesetzt werden. Die chinesische Botschaft wurde geschlossen.

Seit Beginn der neuen "flexiblen" (tanking) Außenpolitik Taiwans ist Guinea-Bissau bereits das 5. Land, das gerne zwei chinesische Regierungen anerkennen möchte - nach Grenada, Liberia, Belize und Lesotho. Da Beijing freilich nach wie vor auf Alleinvertretung besteht, ist es gezwungen, die Beziehungen nun seinerseits abzubrechen. -we-

\* (4)

### China ist nicht isoliert: Symposien und Veranstaltungen als Ersatzlösung

China, um das die westlichen Staaten seit den Juniereignissen von 1989 einen weiten Bogen machen, hat Ersatzlösungen gefunden, um seine Isolation zu durchbrechen: es bemüht sich verstärkt um Beziehungen mit Ländern der Dritten Welt, hat es nicht zuletzt aber auch verstanden, zahlreiche internationale Veranstaltungen an sich zu ziehen, die freilich z.T. bereits vor den Juniereignissen von 1989 vereinbart worden waren.

(1) Vom 23. bis 27. April fand in Beijing die 14. Weltrechtskonferenz statt. 1.500 Teilnehmer aus 65 Nationen waren anwesend. Hauptthemen der Diskussionen waren Außenhandel und Investitionen, Waffenkontrolle und Menschenrechte sowie der internationale Terrorismus.

In der "Beijing-Deklaration", die die Tagung abschloß, wurden Juristen in aller Welt dazu aufgerufen, gemeinsame Anstrengungen zur Verwirklichung des Weltfriedens und zur Förderung der internationalen Entwicklung zu unternehmen (XNA, 28.4.90).

Die chinesische Berichterstattung konzentrierte sich vor allem auf Fragen des Weltfriedens, vermied es jedoch geflissentlich, den Passus über die Menschenrechte der "Beijing-Deklaration" zu kommentieren. U.a. heißt es dort, daß die "Konferenz alle Länder dazu aufruft, sich der internationalen Menschenrechtsinstrumente zu bedienen und durch ihre nationale Gesetzgebung dafür zu sorgen, daß die fundamentalen Menschenrechte und Freiheiten respektiert werden" (XNA, 28.4.90). Andererseits jedoch stießen die chinesischen Teilnehmer überall dort wieder kräftig ins Horn, wo zum Kampf gegen den "internationalen Terrorismus" aufgerufen wurde (XNA, 23.4.90).

Bei der Tagung trat u.a. auch der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun auf, der bekanntlich zu den Hauptbefürwortern des militärischen Vorgehens gegen die Studenten im Juni 1989 gehört, und der sich damals keineswegs an die VRCh-eigene Gesetzgebung gehalten hatte!

Organisator des Treffens war das 1963 in Athen gegründete und in Washington angesiedelte "World Peace through Law Center", eine NRO (Nichtregierungsorganisation), deren Hauptaufgabe darin besteht, die Juristen aller Welt zur Zusammenarbeit zu motivieren.

(2) Vom 4. bis 9.Juni fand ferner eine internationale Telecom-Tagung statt, die Hand in Hand mit einer Ausstellung ging (XNA, 12.5.90).

(3) Vom 22. bis 24.Mai wurde, ebenfalls in Beijing, ein dreitägiges Symposium mit internationaler Beteiligung über "Wissenschafts- und Technologieaustausch" abgehalten, an dem vor allem Spezialisten aus dem asiatisch-pazifischen Raum (Australien, Kanada, China, Japan, Singapur, Sowjetunion, USA und einigen anderen Ländern) teilnahmen (XNA, 25.5.90).

Im Vorfeld dieser Veranstaltung hatte die "Chinesische Vereinigung für Wissenschaft und Technologie" bekanntgegeben, daß sie inzwischen Mitglied von 187 internationalen NRO-Wissenschafts- und Technologieorganisationen sei, und daß 350 chinesische Wissenschaftler Spitzenpositionen in solchen Organisationen einnehmen, darunter auch die Posten von Vorsitzenden und Vizevorsitzenden (XNA, 9.5.90).

(4) Vom 14. bis 18.Mai fand der 14."World Mining Congress" in Beijing statt, an dem 3.700 Delegierte aus 50 Ländern Bergbaufragen diskutierten (XNA, 14.5.90).

(5) Vom 11. bis 15.Juni war abermals Beijing Konferenzort für die "World Vacuum Metallurgy Conference" (XNA, 12.6.90).

(6) Am 20.Juni begann in Beijing ein internationales Symposium unter dem Titel "The Era of Public Relations", an der 250 Fachleute aus China, Frankreich, Australien, den USA, Japan, der Schweiz, Singapur, Großbritannien, der Bundesrepublik, Südkorea, Kanada sowie aus Taiwan und Hongkong teilnahmen und bei dem Fragen aus dem Bereich der Werbung und der Selbstdarstellung von Organisationen und Firmen diskutiert wurden (XNA, 21.6.90).

(7) Für die Zeit vom 22.September bis 7.Oktober schließlich steht das seit Jahren größte Ereignis bevor, nämlich die Asiade, also die asiatische Version der Olympischen Spiele, an denen folgende Länder teilnehmen wollen: Indonesien, Japan, Singapur, Malaysia, Thailand, Afghanistan, Bangladesch, Vereinigte Arabische Emirate, Hongkong, Bhutan, Iran, Philippinen, Irak, Sri Lanka, Jordanien, Nepal, Oman, Pakistan, Kuwait, Palästina, Katar, Jemen (VDRJ), Macau, Brunei, Südkorea, Jemen (JAR) und Syrien. Die Sportler aus diesen Ländern werden an sieben Wettkampf- und zwei Showkampfdisziplinen teilnehmen.

Die Bauarbeiten für die verschiedenen Trainingsstätten und Sporthallen sowie für das "Athletendorf" waren Anfang Juni 1990 bereits im wesentlichen abgeschlossen. In einer Großwerbeaktion wird vom 1.April bis zum 7.Oktober in Beijing eine Unterschriftenaktion durchgeführt, an der sich eine Million Touristen beteiligen sollen. An der Großen Mauer, auf dem Tiananmen-Torturm, im Himmelstempel und im Sommerpalast sind Großtransparente mit Symbolen der Asienspiele, dem Merkzeichen des Beijinger Tourismus sowie der Losung "Asienspiele, Tourismus, Freundschaft und Frieden" in Chinesisch und Englisch angebracht. Touristen sind aufgefordert, dort ihre Namen und auch ihr Herkunftsland niederzuschreiben. Es ist vorgesehen, nach Beendigung des sportlichen

Wettstreits die Transparente, die zusammengenommen etwa eine Länge von 10.000 m ausmachen, dem Organisationskomitee der Asiade und den Reiseorganisationen der Welt als Geschenk zu überreichen. Im Vorfeld der Veranstaltung soll es einen "Internationalen Drachenwettbewerb", ein "Pfirsichblütenfest in Beijing" (10.April bis 5.Mai) und das "Laternenfest im Beihai-Park" (Juli bis September) geben. Vom 1.September bis zum 5.Oktober schließen sich die Kunstfestspiele der Asiade an.

Man sieht: Die chinesische Regierung läßt nichts unversucht, um aus der seit nun fast einem Jahr andauernden Isolation auszubrechen. Die Führung in Beijing ist davon überzeugt, daß die internationale Blockade nicht mehr lange andauern wird. Ministerpräsident Li Peng brachte gegenüber dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Bundestags, Hans Stercken, zum Ausdruck, daß China hoffe, daß es bald wieder gute Beziehungen mit dem Westen gebe (XNA, 25.6.90).

In der Zwischenzeit gibt es auch wieder die ersten Besuche auf hoher Ebene. Der chinesische Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenhandel, Zheng Tuobin, stattete vor kurzem einigen westlichen Ländern Besuche ab. Der Shanghaier Bürgermeister Zhu Rongji besucht z.Zt. die Vereinigten Staaten, und Staatsrat Li Tieying wird demnächst nach Japan reisen. All diese Besuche freilich finden nicht auf Regierungsebene statt, sondern aufgrund von NRO-Einladungen (XNA, 24.6.90).

Durch die Blockaden verschiedenster Art hat China erhebliche Schäden erlitten. Bei einem Treffen mit Journalisten gab der Beijinger Oberbürgermeister am 7.März bekannt, daß die Hauptstadt infolge der Sanktionen Exportverluste in Höhe von 30 Mio.US\$ und 2,5 Mio.US\$ an Devisenverlusten (entgangene Einnahmen aus dem Tourismus) habe hinnehmen müssen. Etwa 50 Projekte, die im Juni 1989 unterschriftsreif vorlagen, seien gestrichen oder verschoben worden, wobei besonders der Tourismus stark zurückgegangen sei. Die Beijinger Hotels hätten signifikante Verluste erlitten. Weitsichtige Politiker und Persönlichkeiten auf der ganzen Welt hätten ihre Beziehungen zu China und Beijing jedoch nie-

mals abgebrochen. Trotzdem sei die Wirtschaft Beijings keineswegs angeschlagen. 1985 hätten immerhin 185 Joint Ventures, Kooperationsunternehmen und Betriebe mit ausschließlich ausländischem Kapital genehmigt werden können (= 25% gegenüber 1988) (BRu 1990, Nr.12, S.7).

Trotz aller Bemühungen um eine volle internationale Rehabilitierung bleibt das Image Chinas jedoch angeschlagen. Außerdem wird die VR in den nächsten Jahren vermutlich als "less important country" gelten. Zum einen hat eine allgemeine "Enttäuschung" um sich gegriffen: man hatte sich vom China Deng Xiaopings soviel Positives erwartet und wurde dann wie aus heiterem Himmel enttäuscht. Darüber hinaus hat es sich in der Zwischenzeit auch in der Geschäftswelt herumgesprochen, daß die Bäume in China nicht in den Himmel wachsen. Kleinere Fehler, über die man vorher optimistisch hinweggesehen hatte, haben durch die Juniereignisse Großdimensionen erhalten. Drittens aber ist die Chinakarte im Zeichen der schwindenden Bedrohung von Seiten der Sowjetunion inzwischen so gut wie wertlos geworden. Ein Moskaubesuch wie der des Ministerpräsidenten Li Peng im Februar 1990 hätte noch vor wenigen Jahren die Aufmerksamkeit aller Welt auf sich gezogen, ging jedoch diesmal in den Nachrichten so gut wie verloren. Jahrelang konnte China die USA gegen die Sowjetunion ausspielen - doch davon ist kaum noch etwas geblieben. War China Anfang der 80er Jahre weit über Gebühr beachtet worden, so fällt der Rückschlag zu Beginn der 90er Jahre um so mehr ins Auge. Dies bekommen nicht zuletzt auch Auslandskorrespondenten zu spüren, die ihre Berichte über die VRCh kaum noch absetzen können.

Gleichzeitig hat das Ansehen Taiwans wieder zugenommen.

Die chinesische Führung hat erfahren müssen, wie schnell ein Image zerstört werden kann, das aufzubauen viele Jahre kostet. -we-

\*(5)

#### Beziehungen mit NROen (Nichtregierungsorganisationen)

In einer Zeit, da es um die offiziellen Beziehungen der VRCh nicht allzu gut bestellt ist, legt Beijing um so größeren Wert darauf, mit internationalen

NROen ("Nongovernmental Organizations") zusammenzuarbeiten. Bisher gibt es Beziehungen zu über 100 NROen aus 10 Ländern, vor allem aus den USA, Kanada, der Bundesrepublik (man denke hier an die parteinahen Stiftungen), Großbritannien, Frankreich, Australien und Japan, die bisher rd. 60 Projekte hauptsächlich in den Provinzen Shandong, Henan, Hebei, Guizhou und Yunnan sowie in der AR Guanxi durchgeführt haben. Es handelt sich hierbei um Projekte, die mit Trinkwasser, Obstanbau, Viehzucht, Textilindustrie, Medizin und Lehrerausbildung zu tun haben, die also wirklich entwicklungseffizient sind.

China möchte mit weiteren NROen Beziehungen aufnehmen. Insgesamt gibt es, wie man in Beijing zwischenzeitlich festgestellt hat, auf der Welt rd. 10.000 NROen mit einem geschätzten Ausschüttungsvolumen von 5 Mrd.US\$ pro Jahr (XNA, 29.4.90). -we-

\*(6)

#### Vergleich zwischen Opiumkrieg und heute

Am 3.Juni 1990 jährte sich zum 150. Mal der Tag, an dem der Opiumkrieg ausbrach, der zwei Jahre später zum "Schandvertrag" von Nanjing führte, aufgrund dessen das damalige kaiserliche China Hongkong abzutreten, fünf Hafenstädte zu öffnen und eine Kontribution von 21 Mio. Silberdollar zu zahlen hatte. Mit diesem Vertrag sank China zu einer "Halbkolonie" herunter, d.h. einem Land, das an der Küste voll unter kolonialem Einfluß stand und nur im Hinterland noch gewisse Eigenbefugnisse hatte. Seit 1842 habe China jedem äußeren Druck nachgeben müssen, sei gedemütigt und ausgebeutet worden. Erst 1949 habe man mit der "Befreiung" diesen demütigenden Zustand beenden können. Die Lehren aus der Geschichte seien klar: Niemals und unter keinen Umständen wolle "das chinesische Volk" wieder äußerem Druck nachgeben oder von seinem Sozialismus lassen, der in den letzten 10 Jahren, d.h. seit Einführung der Reform- und Öffnungspolitik zu jährlichen BSP-Wachstumsraten von 9,6% geführt habe. Wirtschaftssanktionen und andere grobe Einmischungsversuche in innere Angelegenheiten, wie sie beispielsweise unter dem Vorwand der Wahrung

von Menschenrechten erfolgten, würden nicht hingenommen. Die Geschichte zeige, daß Isolationsmaßnahmen nur vorübergehender Natur seien. Die Abwehr von Einmischungsversuchen dürfe keineswegs als "Xenophobie" betrachtet werden.

Dem nationalen Kapitalismus, der in den Jahren nach 1842 entstanden sei und der sich den halbkolonialen Verhältnissen habe beugen müssen, sei es nicht gelungen, China zu retten. Erst der Sozialismus habe dies geschafft (XNA, 3.6.90).

Nach traditioneller chinesischer Auffassung ist Geschichte nicht Vergangenheit, sondern ewig wiederkehrende Gegenwart und dient insofern als ein Schatzhaus von Erfahrungen. Die Lehren des Opiumkriegs für die Gegenwart sind klar: Der Sozialismus muß erhalten bleiben und die momentane wirtschaftliche Isolation durchgestanden werden. "Einmischungen" seien entschieden zurückzuweisen. -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

#### Deng Xiaoping über Stabilität, Chaos und Bürgerkrieg

Einem Bericht der Hongkonger KPCh-Zeitung *Wen Hui Bao* zufolge hat Deng Xiaoping bei seinen Treffen mit ausländischen Gästen in den vergangenen Wochen vor allem auf folgende zwei Aspekte der künftigen Entwicklung Chinas hingewiesen:

1)

China befindet sich trotz verschiedener Isolierungsversuche von Seiten westlicher Staaten in einer historisch äußerst günstigen Situation. Eine derart günstige Lage hat es für China seit mehreren Jahrhunderten nicht mehr gegeben, und seit dem Ausbruch des Opiumkriegs vor rund 150 Jahren hat China nicht mehr die ihm eigentlich zustehende Rolle in der Weltpolitik gespielt. Deshalb sollte die sich jetzt bietende günstige Gelegenheit von der chinesischen Nation und allen Chinesen auf der ganzen Welt ausgenutzt werden. Deng Xiaoping begründete seine optimistische Einschätzung der gegen-